

## Wirtschaftspolitische Positionen der IHK-Organisation 2017

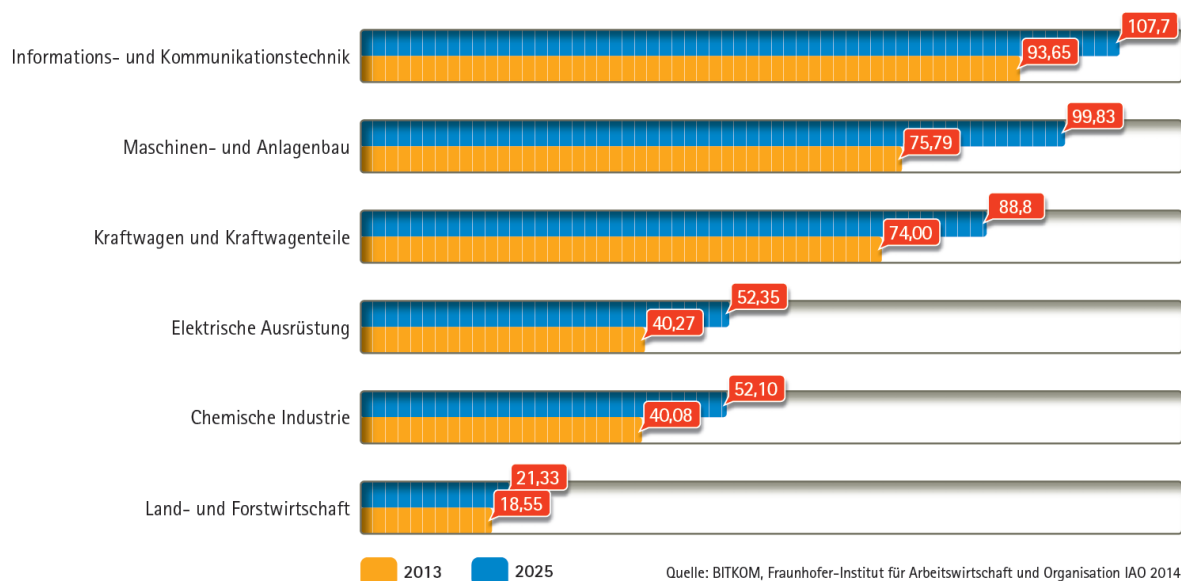
# DIGITALE AGENDA: Digitalisierung vorantreiben, Standortvorteil sichern

Die wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation (WiPos) zeigen der Politik konkrete Handlungsfelder für eine gute Wirtschaftspolitik auf. Die WiPos geben die abgestimmte Meinung der IHKs und deren Mitglieder wieder. Sie wurden am 30. März 2017 von der DIHK-Vollversammlung beschlossen.

## Digitale Agenda: Digitalisierung vorantreiben, Standortvorteil sichern

Um die Digitalisierung in Deutschland voranzubringen, sind zukunftsorientierte digitale Infrastrukturen, unterstützende rechtliche Rahmenbedingungen, digital kompetente Mitarbeiter sowie der sichere und vertrauenswürdige Einsatz digitaler Technologien erforderlich. Dadurch lassen sich gesamtwirtschaftliche Effektivitätsgewinne in Unternehmen und Verwaltungen erreichen.

Prognose zur Steigerung der Bruttowertschöpfung ausgewählter Branchen durch Industrie 4.0 in Deutschland für das Jahr 2025 (in Milliarden Euro)



### Folgende Leitlinien sollten das wirtschaftspolitische Handeln bestimmen:

- Flächendeckenden Ausbau hochleistungsfähiger glasfaserbasierter digitaler Infrastrukturen vorantreiben, dabei Gewerbe- und Industrieflächen priorisieren
- Digitale Agenda der Bundesregierung konsequent und zügig umsetzen
- Bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen
- Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft verbessern
- Sicheren elektronischen Geschäftsverkehr ermöglichen

## **Flächendeckenden Ausbau hochleistungsfähiger digitaler Infrastrukturen auch im ländlichen Raum und in Gewerbegebieten zügig vorantreiben**

**Digitalisierung entscheidender Wachstumstreiber mit enormen Beschäftigungseffekten:** Die Digitalisierung bedeutet für Deutschland ein zusätzliches Wertschöpfungspotenzial von 267 Milliarden Euro bis 2025<sup>1</sup> – durch Anwendungen, Dienstleistungen und neue Geschäftsmodelle in allen Wirtschaftsbereichen. Doch dafür sind wesentliche Weichen noch nicht gestellt: Gerade die Wirtschaft im ländlichen Raum ist häufig noch unzureichend mit hochleistungsfähigen Anschlüssen versorgt, die unternehmerischen Anforderungen gerecht werden.

**Was zu tun ist:** Der Ausbau einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur – stationär und mobil – auf Basis von Glasfasertechnologien erfordert erhebliche Investitionen, die nur durch gemeinsame Anstrengungen und eine stringente Koordinierung aller Beteiligten wie Netzanbieter, Bund, Länder, Kommunen und Politik gelingt. Alle Maßnahmen – Planungen, regulatorischer Rahmen, Finanzierung und Förderung – sollten konsequent auf den flächendeckenden Aufbau glasfaserbasierter hochleistungsfähiger digitaler Infrastruktur bis zum Endabnehmer ausgerichtet werden. Neben dem ländlichen Raum dürfen unterversorgte Gebiete in Ballungsräumen beim Breitbandausbau und bei der Breitbandförderung nicht in Vergessenheit geraten.

## **Digitale Agenda der Bundesregierung konsequent umsetzen und weiterentwickeln**

**Stringente Koordinierung der Digitalen Agenda notwendig:** Die Bundesregierung bündelt in der Digitalen Agenda die Vorhaben der einzelnen Bundesressorts. Wesentliche Zielvorgaben wie im Bereich der digitalen Infrastruktur, die den Unternehmen als wichtiger Standortfaktor dient, sollten mehr Raum einnehmen, ebenso das Thema E-Government.

**Was zu tun ist:** In der Bundesregierung sollten die Aktivitäten der Ressorts zur Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft stärker koordiniert werden, etwa durch eine Stelle im Bundeskanzleramt. Insbesondere was die Digitalisierung der Verwaltung selbst betrifft ist eine einheitlichere Umsetzung in Bund, Ländern und Kommunen gefragt. In einem ersten Schritt sollten die 100 wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen für Unternehmen zeitnah digitalisiert werden. Auch dafür müssen effektive organisatorische Strukturen geschaffen werden. Die Stärkung des IT-Planungsrates, ein koordinierter Portalverbund und der vom Normenkontrollrat geforderte E-Government-Pakt für Deutschland können zu sinnvollen Ergebnissen führen. Open Data und Open Government sollten als Grundprinzipien für Bund, Länder und Kommunen gelten.

## **Bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen**

**Die entscheidende Ressource „digitale Kompetenz“:** Ein Mangel an gut ausgebildeten Mitarbeitern, z. B. Entwickler oder Big Data-Analysten, und unzureichende „Digitalkompetenzen“ dürfen nicht zum Hindernis für Betriebe werden. Nur entsprechend qualifizierte Mitarbeiter sind in der Lage, komplexe und dynamische Arbeitsabläufe zu beherrschen und weiterzuentwickeln. Betriebe

---

<sup>1</sup> Siehe BITKOM, Fraunhofer IAO: Industrie 4.0 – Volkswirtschaftliches Potenzial für Deutschland 2014.

leisten hier durch Schulungen und betriebsinterne Weiterbildung bereits ihren Anteil, dürfen aber mittel- und langfristig in diesen Bemühungen nicht alleine gelassen werden.

**Was zu tun ist:** Der Umgang mit digitalen Anwendungen, die daraus resultierenden organisationalen Veränderungen in der betrieblichen Zusammenarbeit sowie ein darüber hinaus gehendes technisches Verständnis sind unerlässlich für die Digitalisierung in den Unternehmen. Die Grundlagen für „digitale Kompetenzen“ werden bereits in den allgemeinbildenden Schulen gelegt – sie müssen jedoch in der beruflichen Bildung und auch in der berufsbegleitenden Weiterbildung und den Hochschulen weiterentwickelt werden. Um die zukünftigen Fachkräfte auf die Anforderungen von Arbeit 4.0 vorzubereiten, sollte die Vermittlung einschlägiger Basiskompetenzen wie IT-Sicherheit wesentlich stärker als bisher bereits heute in den Schulcurricula und in der entsprechenden Lehrer- und Berufsschullehreraus- und -fortbildung erfolgen. In der schulischen MINT-Bildung sollten die Fächer Informatik und Technik in vergleichbarer Weise wie die Naturwissenschaften gestärkt werden.

### **Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft verbessern**

**Daten entscheidender Wirtschaftsfaktor:** Mit der Digitalisierung als Treiber entstehen zunehmend virtuelle Märkte. Digitale Plattformen sind in einer Schlüsselposition für die Sammlung und Auswertung großer Datenmengen und die damit verbundenen Chancen auf neue Geschäftsmodelle und Märkte. Dorthin verlagern sich Wertschöpfung und Innovation.

**Was zu tun ist:** Kleine und mittlere Unternehmen vernetzen sich entlang der Lieferkette enger und bilden gemeinsame Plattformen, um die Potenziale des Datenaustauschs für ihre digitalen Geschäftsmodelle besser nutzen zu können. Die Politik sollte gemeinsam mit der Wissenschaft diese Vernetzung unterstützen und fördern. Über die EU-Datenschutzgrundverordnung hinaus hat Klarheit über die Nutzungsrechte an Daten für die Wirtschaft höchste Priorität. Der Wettbewerb ebenso wie der Vollzug geltenden Rechts muss für bestehende und New Economy-Märkte gesichert sein. Die Politik sollte die Etablierung europäischer Standards im globalen Wettbewerb stärker unterstützen.

### **Sicheren elektronischen Geschäftsverkehr ermöglichen**

**Zentrale Fragen bei Datensicherheit und Datenschutz ungelöst:** Mit jeder neuen technologischen Entwicklung wie z. B. Big Data, mobile Datennutzung, soziale Netzwerke, Cloud-Computing, Smart Grids oder dem Internet der Dinge entstehen neue sicherheits- und datenschutzrelevante Fragestellungen für die Unternehmen. Eine klare politische Agenda zur Bewältigung der Herausforderungen, ein verlässlicher Rechtsrahmen sowie einheitliche Normen und Standards, insbesondere für die Behandlung globaler Datenströme, fehlen bisher.

**Was zu tun ist:** Ziel muss sein, Sicherheit entlang der Wertschöpfungskette nachhaltig zu gewährleisten. Die Anbieter sollten sichere IT-Lösungen zur Verfügung stellen. Anwender müssen sich der Gefahren bewusst sein und sichere Vorprodukte, Lösungen und Dienstleistungen aktiv

einfordern. Der Staat kann unterstützen, indem er koordiniert, fördert, konkrete Hilfestellung leistet und über rechtliche Rahmenbedingungen Anreize setzt.

Die Cyber-Sicherheitsstrategie der Bundesregierung sollte konkretisiert werden, damit Staat und Wirtschaft die Herausforderungen der Daten- und Informationssicherheit gemeinsam bewältigen, z. B. indem sicherheitskritische Informationen systematisch aufgearbeitet, einfach zugänglich gemacht und in konkrete Hilfsangebote für Unternehmen übersetzt werden.

**Die IHK-Organisation trägt hierzu bei unter anderem durch:**

- Mitwirkung bei der Identifikation und Unterstützung bei der Beseitigung von Engpässen beim Ausbau des Breitbandnetzes
- zahlreiche Aktivitäten zur Sensibilisierung und Hilfe zur Selbsthilfe der Unternehmen bei der Daten- und Informationssicherheit sowie zu positiven Anwendungserfahrungen im Kontext der Digitalisierung z. B. durch Schulungsformate zur Vermittlung digitaler Kompetenzen
- Initiierung und Unterstützung von regionalen und überregionalen Projekten und Netzwerken
- digitales Heranführen von Jugendlichen an die berufliche Bildung z. B. über die IHK-Lehrstellenbörse und die Vermittlung digitaler Kompetenzen an Ausbilder
- Aufnehmen digitaler Kompetenzen und Erschließen digitaler Berufsbilder bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen sowie der Aufstiegsfortbildung